

Wolfgang Gessenharter (1942–2019): der Wissenschaftler als Citoyen

– ein Nachruf von Michael Minkenberg

Am 13. Dezember 2019 ist Prof. emer. Wolfgang Gessenharter im Alter von 77 Jahren verstorben. Der Politikwissenschaft ist er insbesondere als Rechtsextremismusforscher in Erinnerung, ein Feld, das er während seiner über dreißigjährigen professoralen Tätigkeit an der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg (ehem. Hochschule der Bundeswehr) bis zu seinem Ausscheiden 2007 bearbeitet und in dem er vielfältige Spuren hinterlassen hat.

Gessenharter begann sein Studium in München im Jahre 1961 zunächst in den Fächern Latein und katholische Theologie und setzte es nach zwei Jahren in Freiburg/Br. mit der außergewöhnlich breiten Fächerkombination Politikwissenschaft, Geschichte, Soziologie, Philosophie und Staatsrecht fort. Vor und nach seiner Promotion 1972 arbeitete er bei Dieter Oberndörfer als wissenschaftlicher Assistent, bevor er im Sommer 1973 den Ruf auf die Professur für Politikwissenschaft an der Hochschule der Bundeswehr in Hamburg erhielt. Von Anfang an war Wissenschaft für Wolfgang Gessenharter kein vom Rest der Gesellschaft abgekoppeltes Subsystem, das nach einer ihm und nur ihm eigenen Logik funktionierte – um an dieser Stelle einen Begriff aus der Wolfgang Gessenharter wohlvertrauten Systemtheorie zu verwenden. Vielmehr interessierte ihn an der Wissenschaft – und hier finden sich Spuren der Faszination, die Eric Voegelin in München und später der Ansatz von Arnold Bergstrasser auf Gessenharter ausübten – stets die praxisrelevante Seite, d. h. die Möglichkeit, mithilfe der methodischen Analyse von Realität und auch von Normen für die politische Praxis Fundamente legen zu können. Gerade die auf den ersten Blick recht weltfern erscheinende kybernetische Systemtheorie von Karl W. Deutsch, mit der sich der werdende Wissenschaftler Gessenharter in Freiburg zunehmend beschäftigte, lenkte sein Interesse auf diesen Nexus. Deutschs Ringen um eine nachprüfbare, differenzierte und komplexe Theorie, die dann auch in politisch-praktisch bedeutsame Forschungsarbeiten mündete, etwa zu politischer Mobilisierung, zu Integrationsfragen u. ä., wurde für Gessenharter wohl der wichtigste Leitfaden seiner wissenschaftlichen Betätigung, gemäß dem von ihm gewählten Motto: „Es gibt nichts praktischeres als eine gute Theorie“.

Der vorläufige Höhepunkt dieser Bemühungen war die 1978 publizierte Studie mit dem opulenten Titel „Rechtsextremismus als normativ-praktisches Forschungsproblem – eine empirische Analyse der Einstellungen von studierenden Offizieren der Hochschule der Bundeswehr Hamburg sowie von militärischen und zivilen Vergleichsgruppen“, die ihn und seine Koautoren mit einem Schlag weit über die Grenzen der Wissenschaft hinaus bekannt machte. Das Ziel Gessenharters und seines Teams war die empirische Überprüfung der Skalen insbesondere zu Fremdgruppenvorurteilen und Datengewinnung durch Befragung von Studenten an der Hochschule der Bundeswehr. Durch Hinzufügung einer Demokratieskala und weiteren einschlägigen Einstellungsskalen entstand der Datensatz für die Untersuchung. Das

Ergebnis war u.a., dass unter den Studenten an der Hamburger Bundeswehrhochschule ca. 10 Prozent rechtsautoritäre und antidemokratische Einstellungen hatten. In der Wissenschaft war die Reaktion fast einhellig positiv. So hieß es z. B. in der Politischen Vierteljahresschrift: „Festzuhalten bleibt, daß Wolfgang Gessenharter und seinen Mitautoren [...] eine methodisch ausgefeilte, empirisch gut fundierte Untersuchung gelungen ist, die weit über dem Durchschnitt vergleichbarer Arbeiten liegt; wegen ihrer vorbildlichen Transparenz bietet sie eine nahezu ideale datenbezogene Einführung in den empirischen Forschungsprozeß. An den meisten Kernaussagen dieser Untersuchung ist nicht zu zweifeln“ (J. Falter in: PVS Literatur 1/1980, S. 76). So oder ähnlich klangen die Rezensionen, welche namhafte Kollegen in renommierten Fachzeitschriften anfertigten. Ganz anders dagegen das Medienecho, insbesondere in der konservativen Presse, die in der Studie einen Beitrag zu einem Angriff auf die Bundeswehr sah. Die FAZ schrieb (27. 10. 1978): „Wieder einmal wird gegen die Bundeswehr ein psychologischer Großangriff gefahren. Den Streitkräften als Ganzes wird vorgeworfen, sie förderten radikal-reaktionäre Tendenzen. Im Offizierskorps als dem wichtigsten Teilelement der bewaffneten Macht wollen politische Schnüffler einen festen Prozentsatz militärischer Führer mit extrem rechten Neigungen festgestellt haben.“

Gessenharter wurde mit einer neuen Dimension der Theorie-Praxis-Verknüpfung konfrontiert. An den Reaktionen auf seine Studie bemerkte er, dass empirische Wissenschaft mitunter soziale Folgen hat. Zum Beispiel beschwerten sich Studenten bei ihm, dass sie, wenn sie in Uniform im Umkreis der Uni unterwegs waren, von Passanten angesprochen würden, ob sie auch „rechtsextrem“ seien. Seine Schlussfolgerung war so klar wie vorhersehbar: Wissenschaft, insbesondere diejenige, welche gesellschaftliche Realitäten zum Gegenstand hat, darf sich nicht in den Elfenbeinturm fachlicher Diskurse zurückziehen, sondern muss sich auch den nicht-wissenschaftlichen Reaktionen stellen, indem der dialogische Charakter der Forschung stärker herausgestellt wird. In diesem Fall bedeutete das den fortgesetzten Dialog mit den Befragten auch nach Abschluss der Studie, mit der Öffentlichkeit, mit dem Verteidigungsministerium.

Diese dialogische Aufgabe, die er sehr ernst nahm, führte dann zu einer kontinuierlichen Auseinandersetzung Wolfgang Gessenharters mit dem Phänomen des Rechtsextremismus in Deutschland, vor allem mit der intellektuellen Strömung der Neuen Rechten. In einer Vielzahl von Publikationen und öffentlichen Auftritten strebte er immer die Verbindung von wissenschaftlicher Analyse und Information der Öffentlichkeit im Sinne der politischen Bildung an. Im Laufe der Jahre hat Gessenharter zu diesem Thema weit mehr als 100 Interviews in Rundfunk und Fernsehen sowie in Zeitungen gegeben. Etwa 60 Publikationen sind diesem Thema gewidmet. Sein weithin beachtetes populärwissenschaftliches Buch von 1994 „Kippt die Republik? Die Neue Rechte und ihre Unterstützung durch Politik und Medien“ (München: Knaur) etwa ist innerhalb eines Jahres zwölftausendmal verkauft worden. 1998 hat Gessenharter zusammen mit seinem langjährigen Mitarbeiter Helmut Fröchling den von ihm immer wieder kritisch kommentierten Verfassungsschutz aus Bund und Ländern nach Hamburg zu einer Tagung eingeladen und mit der Wissenschaft konfrontiert. Die z. T. recht kontroverse Diskussion ist in ein ebenfalls viel zitiertes Buch eingegangen („Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raums?“ Opladen: Leske + Budrich). Dieser Versuch einer trotz aller Unterschiede gemeinsamen Arbeit weniger gegen den parteimäßigen Rechtsextremismus, als vielmehr gegen die neuere intellektuelle Bewegungselite führte zu einer Tagung des nordrhein-westfälischen Innenministeriums im Jahre 2003, die im Sammelband „Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?“

mündete (Hrsg. mit T. Pfeiffer, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2004). Im Vorfeld war gegen diese Tagung und ihre Teilnehmer in den neurechten Medien massiv Stimmung gemacht worden, die bis zu einer Anfrage im Düsseldorfer Landtag eskalierte. Gleichwohl war Gessenharter seit vielen Jahren in Akademien und Stiftungen fast aller politischen Richtungen, wie Adenauer-Stiftung, Ebert-Stiftung, Böll-Stiftung, Naumann-Stiftung, den Evangelischen Akademien und andernorts ein gern gesehener Gast zu den Themen und Problemen des rechten Lagers.

Wolfgang Gessenharters öffentliche Streitlust und die Attacken gegen ihn im politischen Raum blieben natürlich auch manchen seiner Studenten nicht verborgen. Sie fanden es offenbar unerträglich, dass ein Professor ihrer Uni gelegentlich in der Öffentlichkeit auch gegen hohe Militärs Stellung bezog, wenn sie sich, etwa mit neurechten Gedanken im Sinne Carl Schmitts – zumeist öffentlich durchaus vorsichtig, und häufig erst nach ihrer Pensionierung – positionierten. Bei einigen Studenten und Kollegen galt er daher als Nestbeschmutzer – ein Etikett, das umso schmerzlicher war, als dass Gessenharters dialogisches Wissenschaftsverständnis eine ständige Einladung zu Gespräch und Verständigung war, zu Kritik und Selbstkritik – seiner selbst, aber eben auch der Institution, für die er arbeitete.

Die politikwissenschaftliche Forschung zum Rechtsextremismus und zur Neuen Rechten in Deutschland wurde von Wolfgang Gessenharter weit über das akademische Feld hinaus bis heute entscheidend geprägt. Dazu trug nicht zuletzt die von ihm eingeführte und viel zitierte Scharnier-Metapher für die Analyse der Neuen Rechten bei (zuerst in seinem Aufsatz „Die ‚Neue Rechte‘ als Scharnier zwischen Neokonservatismus und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik“, in: R. Eisfeld und I. Müller (Hrsg.), *Gegen Barbarei*. Frankfurt am Main 1989). Diese meint nicht nur – wie die konkurrierende Metapher vom „Brückenspektrum“ – die Verbindungsfunktion der Neuen Rechten zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus; sie zielt vielmehr auf deren feste Verankerung in den beiden Lagern. Gessenharter vertrat gegenüber seinen Kritikern die Ansicht, dass mit der Brückenmetapher gegenüber dem Scharnier-Bild ein nur sehr zweifelhafter Gewinn verbunden sei: Die Neue Rechte ist hier normativ eindeutig definiert – und zwar über juristische Kriterien – und wird dem Rechtsextremismus zugeschlagen. Empirisch ist damit jedoch genau jenen wichtigen Fragen nicht mehr präzise nachzugehen, wie tatsächlich nachweisbare Netzwerke von Einzelpersonen, Gruppen, Organisationen und Verlagen über die Zeit hinweg in diesem Bereich agieren, wie sie diese Verbindungen in den politisch extremen Bereich knüpfen und wieder lockern, um sich bei nächster Gelegenheit wieder der politischen „Mitte“ zu nähern, und wie sie oft auch alles daransetzen, die verfassungsrechtliche Grenze zum Rechtsradikalismus soweit zu verschieben, dass eben gerade noch keine juristische Nachprüfung erfolgen kann.

An diesem Beispiel wird deutlich, wie Gessenharters Wissenschaftsverständnis zu politischen Folgerungen führte, wenn er auf der Basis seiner Forschungen einen Verfassungsschutz fordert, der seine „Erkenntnisse“ nicht nur zum Zwecke der Vorbereitung möglicher staatlicher Sanktionen gewinnt, sondern auch auf den öffentlichen Diskussionsprozess zielt, indem er an der Analyse der vielfältigen Verflechtungen der Neuen Rechten interessiert ist. Immerhin hat Gessenharters eindringliche öffentliche Einmischung in die Rechtsextremismus-Diskussion dazu beigetragen, dass seit einigen Jahren die Neue Rechte in den Innenministerien ernst genommen wird und in den Verfassungsschutzberichten einiger Länder (NRW, NI) als eigenständiges Phänomen auftaucht.

Mit Wolfgang Gessenharter hat uns ein Kollege verlassen, der auf besonders markante Weise die Rolle des Wissenschaftlers nicht allein aus dem Fach, dem Feld oder der Methode,

sondern auch aus einem demokratischen Gesellschaftsverständnis heraus aufgefasst, weiterentwickelt und praktiziert hat. Sein wissenschaftliches Interesse am Rechtsextremismus war weder *l'art pour l'art* noch ging es ihm primär darum, am Beispiel des Rechtsextremismus irgendwelche Theorien zu testen oder neue Methoden vorzustellen. Er fasste seine Forschung bei aller Einhaltung wissenschaftlicher Regeln immer auch als Tätigkeit im Dienst einer demokratischen Gesellschaft auf und seine Rolle darin als anregender Unruheherd, als Citoyen und Wissenschaftler.

Karin Priester (1941–2020)

– ein Nachruf von Sven Papcke

Wenn im ‚Institut für Soziologie‘ (Münster) gegen Mitternacht ein Raum beleuchtet war, brütete Karin Priester über zeitgeistlichen Veränderungen oder begrifflichen Feinheiten ihres – nun letzten – Forschungs-Themas: dem weiten Feld des durch Heterogenität der Befunde und den Hader um Deutungen schwer zu fassenden (Neo-)Populismus, dieser „maladie infantile de la démocratie“, wie Alain Touraine befand. Wer war diese Autorin, die in Büchern, Sammelband-Beiträgen, Rezensionen, Interviews oder Vorträgen präsent war, aufklärend und rügend zugleich?

Karin Priester, geb. Brachmann, in Gleiwitz am 29. Dezember 1941 geboren, studierte Romanistik, Geschichte und Philosophie in Köln, Aix-en-Provence, Berlin und Florenz. Sie promovierte im Fach Geschichte in Köln über den italienischen Faschismus (Pahl-Rugenstein 1972) und habilitierte sich in Marburg (Studien zur Staatstheorie des italienischen Marxismus, Campus 1981). Anschließend vertrat sie einen Lehrstuhl zunächst in Aachen, dann in Gießen. Seit 1980 lehrte sie als Professorin für politische Soziologie an der Wilhelms-Universität Münster. Im Februar 2007 emeritiert, starb sie unerwartet am 25. April 2020.

Bis zuletzt veröffentlichte und referierte sie als „eine der wichtigsten Populismus-Forscherinnen in Deutschland“ (J.-W. Müller) über dieses polyvalente, die Officialpolitik durch „minorités agissantes“ (Marc Lazar) störende Syndrom, das auch als – durch Eliten im Amt initiierte, von aufgeheizten Mehrheiten beglaubigte – illiberale Pro-Forma-Demokratie Fuß fasst.

Karin Priester war als liebenswürdige Kollegin an der Universität ebenso angesehen wie in der Fachwelt. Offen für studentische Initiativen, hatte sie großen Zulauf als Dozentin. Über die späte Nachfrage nach ihrer Expertise war sie glücklich. Zu Hause in den romanischen Sprachen, tankte sie auf Reisen in den Süden mediterranen Flair. Ihr „Garten des Gedankens“, über den sie angelegentlich schrieb, war die *Italianità*. Dort, wo sie studiert hatte, blieb sie heimisch. Das belegen viele ihrer Schriften, nicht zuletzt eine ‚Geschichte der Langobarden‘ (wbg 2004), die akribisch die kulturellen Wurzeln der Lombardei erschließt.

Soweit der dürre Abriss des „äußeren Lebens“ (Hofmannsthal), der abrupt durch das beendet wurde, was Priester (Mythos Tod, Philo 2001) als „das Andere, Fremde, Unbegriffene, Bedrohliche schlechthin“ bezeichnete. „Jeder Tod ist ein Unglück“, betont sie, doch „ein Grunddilemma“ bleibe offen. „Mit welcher Perspektive wird gestorben?“ Nachdem „der